

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 17 / 46. Jg.

28. April 1933

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. ausschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1.—RM.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktions-
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8—9.

Insertion Für die viergespaltene Nonpareillezelle oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort: Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

FEIERTAG DER ARBEIT

Der 1. Mai, der Feiertag der Arbeit, dem immer die Aufgabe gestellt war, das Leben und Streben der Arbeiter in den Gesichtskreis der Gesellschaft zu rücken und für soziale Reformen zu wirken, ist durch Gesetz zum „Tag der nationalen Arbeit“ als Feiertag erhoben worden. Das von der Reichsregierung unterm 10. April erlassene und im „Reichsgesetzblatt“ verkündete Gesetz hat folgenden Wortlaut:

„§ 1.

Der 1. Mai ist der Feiertag der nationalen Arbeit.

§ 2.

Für diesen Tag finden die für den Neujahrstag geltenden reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen Anwendung. Weitere Bestimmungen kann der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erlassen.“

In der Darlegung über die Gründe, die zur Einrichtung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag geführt haben, wird unter anderem gesagt: Der 1. Mai ist ein Tag wie geschaffen zum Feiern. Er ist für den nordischen Menschen die Zeit des Frühlingseinzuges, und nur deshalb konnte er auch in der deutschen Arbeiterschaft einen solchen Widerhall finden. Es sind die Tage der Hoffnung und Erwartung. In diese Zeit müssen die Feiertage fallen, in denen an eine bessere Zukunft gedacht werden soll.

Am 1. Mai soll nicht das Arbeitserzeugnis, auch nicht der Arbeitsvorgang im Mittelpunkt unserer Gedanken stehen, sondern der deutsche Arbeiter selbst. Die Zeiten, in denen man in den technischen Arbeitsvorgängen den Kern aller Dinge sah, sind endgültig vorbei. Der deutsche Arbeiter darf nicht wieder das Objekt eines Spieles der freien Kräfte werden. Die liberalistische Wirtschaftsauffassung hat dazu geführt, daß ein großer Teil des deutschen Volkes verproletarisiert wurde und die geistige Verbundenheit mit der Nation verloren hat. Der Arbeiter, der vor Verdun und Flandern ein guter Kamerad war, soll sich an diesem Tage bewußt werden, daß er ein vollwertiges Mitglied in der Zahl der deutschen Stände darstellt. Er soll erkennen, daß er seine Interessen nicht im Klassen-

kampf wahren muß, sondern daß alle deutschen Stände es als eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes ansehen, daß die wirtschaftliche Existenz des deutschen Arbeiters und sein berechtigter Anteil an dem Ertrage seiner Arbeit gesichert sind. Die Macht eines Volkes beruht in dem geschlossenen Einsatz seiner Kräfte. Ein geschlos-

ses Schicksal, sondern das Schicksal unseres Volkes ist der deutsche Mensch. Das ist der Sinn des 1. Mai.

In dieser Begründung wird der Grundsatz proklamiert: Der Mensch ist das Maß aller Dinge! Das war der Kern des Maitages der Arbeit auch bisher. Denn alle sozialen Forderungen, die die freien Gewerkschaften am Festtag der Arbeit der Gesellschaft und der Regierung unterbreiteten, zielten darauf hin, dem arbeitenden Menschen die Gleichberechtigung und die Sicherheit der Existenz zu erringen, zielten darauf ab, die sozialen Gegensätze zu überbrücken und einer wahren Volksgemeinschaft die Wege zu ebneten. Das soll auch der Sinn des Tages der nationalen Arbeit sein. Es ist deshalb auch angeordnet worden, daß der Feiertag der Arbeit allen Lohn- und Gehaltsempfängern bezahlt werden muß. Dem arbeitenden Menschen endlich die Stellung in Staat und Wirtschaft anzuweisen, die er berechtigt fordern kann und fordert, findet auch die Unterstützung der freien Gewerkschaften. Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes faßte deshalb zum Tage der nationalen Arbeit folgende Entschließung:

„Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.

Der Bundesausschuß erinnert in diesem Zusammenhang die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit erneut an die Notlage der arbeitslosen Massen und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Verdienstschränkung für die Arbeiter baldigst durchführen möge.

Ebenso dringlich ist es, daß die Bemühungen der Regierung um Arbeitsbeschaffung und Siedlung mit allem Nachdruck weiter gefördert werden. Die Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, diese Bemühungen mit allen Kräften zu unterstützen.“

Zum 1. Mai

*Wir sind es, die die Arbeit ehren,
Die Arbeit, die uns alle nährt,
Die Arbeit, die wir viel entbehren,
Die Arbeit, die den Wohlstand mehrt.
Sie formt den Stoff, sie baut, gestaltet,
Erforscht die Rätsel der Natur,
Sie ist es, die die Welt verwaltet,
Sie ist der Grundstein der Kultur.*

*Die Arbeit gibt uns Kraft zum Leben,
Gibt uns ein Ziel, das uns beglückt,
Treibt uns zu sozialem Streben,
Wenn uns des Daseins Not bedrückt.
Die Achtung, die man allerwegen
Gewährt dem schaffenden Verstand,
Gebührt auch der so fleißig regen
Und schöpferischen Arbeitshand.*

*Drum seid dem Werkmann, der die Erde
Wie Atlas auf dem Rücken trägt,
Für alle Mühe und Beschwerte
Ein Maistrauß auf den Tisch gelegt.
So mag der 1. Mai verkünden
Sein Werk mit hellstem Sonnenschein!
Der 1. Mai soll hoch in Ehren
Als Tag der Arbeit heilig sein!*

Victor Kalinowski.

sener Einsatz der Kräfte ist aber unmöglich, wenn ein großer Teil der Volksgenossen in wirtschaftlichen Machtkämpfen seine Kräfte zersplittern muß. Vielmehr müssen die wirtschaftlichen Pflichten und Rechte des einzelnen unantastbar festgelegt werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine Solidarität mit der deutschen Arbeiterschaft und die Notwendigkeit eines deutschen Sozialismus erkennen. Der Blick der deutschen Politik richtet sich jetzt vor allem auf den deutschen Menschen; denn nicht Wirtschaft ist

Wirtschaft und Gesellschaft

Der Beruf des Staates, in die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verhältnisse regulierend einzugreifen, ist heute prinzipiell allgemein anerkannt und findet in den verschiedenen Gesetzen seinen, wenn auch erst nur andeutungsweise Ausdruck. Theoretisch kann sich der Streit um die Grenzen der Staatsgewalt heute nur noch darum drehen, ob die regulierende Tätigkeit des Staates an den bestehenden Eigentumsverhältnissen eine unüberschreitbare Schranke finden soll. Die Gewerkschaften sprechen der im Staate organisierten politischen Macht unbedingt das Recht zu, im Interesse der Gesamtheit die bisher geltenden Gesetze des bürgerlichen Lebens von Grund aus abzuändern und Privateigentum, wenn von größerem Betriebe die Rede ist, sei es mit oder ohne Entschädigung zwangsweise in staatliches Eigentum zu verwandeln. Sie treten also in dieser Beziehung für eine ganz außerordentliche Machterhöhung des Staates ein, während sie auf der anderen Seite für eine Verminderung jener staatlichen Befugnisse eintritt, die in die persönliche Freiheit des einzelnen eingreifen. Die Gewerkschaften bestreiten dem Staate das Recht, die Rede-, Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, kurz, alle jene Rechte, die man unter dem Namen der politischen Freiheit zusammenfaßt, irgendwie zu beschränken. Sie wollen jene vermeidbare Einmischung des Staates in das Privatleben der Bürger, ihre persönlichen, namentlich gesellschaftlichen Beziehungen, vermeiden wissen. Dagegen streben sie überall dort, wo es sich um die Beziehungen der Menschen zu den wirtschaftlichen Gütern, um die Regelung der Konsumtion und Produktion handelt, eine weitgehende Machtvermehrung des Gemeinwesens an.

Die Menschen bilden durch ihre Beziehungen zueinander die Gesellschaft. Nur ein menschliches Wesen, das fern von seinesgleichen, ohne jede Kenntnis ihrer Existenz, ohne Sprache, ohne Benutzung fremder menschlicher Arbeitsprodukte, Erfahrungen und Erfindungen seit früher Kindheit verlassen, in ewig menschenleerer Einöde für sich dahinlebte, würde im wahren Sinne des Wortes außerhalb der menschlichen Gesellschaft stehen. Jede Beziehung zwischen Mensch und Mensch ist gesellschaftliche Beziehung, jeder Mensch, der zu einem anderen Menschen irgendwelche Beziehungen unterhält, setzt sich dadurch in Berührung mit der Gesellschaft. Die Sprache, die wir sprechen, die Gedanken, die wir denken, die Kleider, die wir tragen, die Häuser, die wir bewohnen, die Speisen, die wir verzehren, sie alle verdanken wir ganz oder teilweise der Hilfe und Mitwirkung anderer Menschen, wie umgekehrt die Tätigkeit, die wir selber entwickeln, anderen uns zum Teil ganz unbekannt Menschen zugute kommt. Die Gesellschaft im wirtschaftlichen Leben hat ebenso viel Mittelpunkte, als es Menschen gibt, und jeder dieser Punkte sendet unzählige verschiedenartige, wechselnde Strömungen nach anderen Punkten, die empfangende und zugleich wiedergebende sind.

So habe ich Beziehungen zu meinen Familienangehörigen und Hausgenossen, zu meinen Mitarbeitern, zu meinen Gesinnungsgenossen, zu meinen Vorgesetzten und Arbeitgebern. Ich habe auch Beziehungen zu dem Lehrer, der mich unterrichtet, zu dem Gewerkschaftsführer, der meine wirtschaftlichen Interessen vertritt, zu dem Schüler, den ich belehre, zu dem Gelehrten, aus dessen Buch ich Anregungen schöpfe usw. So reichen meine Beziehungen über den Umkreis meines häuslichen Herdes, meines Umganges, meiner Vaterstadt, meines Volkes weit hinaus in die entlegensten Gebiete aller Erdteile. Wo die letzten Menschen wohnen, dort allein sind die Grenzen der Gesellschaft. Die Macht der Gesellschaft im wirtschaftlichen Leben beruht auf ihrer Massenhaftigkeit. Das einzelne Individuum wird in sie hineingeboren, und wenn es zum Denken erwacht, findet es sich als ein winziges Atom einem gewaltigen Weltkörper gegenüber. Die Anziehungskraft der Masse reißt es fort und läßt seine Kleinheit für das ungeschärfte Auge im ganzen verschwinden. Unbildlich gesprochen: Der angeborene Nachahmungsbetrieb und die Notwendigkeit, sich anzupassen, um nicht unterzugehen, zwingen den einzelnen, zu handeln, wie er andere handeln sieht.

Die Gesellschaft besteht aus lauter einzelnen, von denen ein jeder mit Bewußtsein, Rede und Willen begabt ist. Die Gesellschaft an sich ohne den Staat hat aber so wenig Bewußtsein und Willen, wie der Strom oder der Sturm, wie irgend eine Naturkraft. Sie zwingt nicht mit gesprochenen Drohungen, sondern durch vorauszuahende Tatsachen.

Der Staat hingegen hat Bewußtsein, Willen und Redekraft. Er befiehlt in Worten, er zwingt durch Taten.

Nun nehmen wir an, daß auch der Staat beruht, wie wir sehen, auf Beziehungen zwischen Mensch zu Mensch, freilich auf Beziehungen ganz besonderer Art. Der Staat ist somit eine besondere, allem anderen übergeordnete Erscheinungsform der menschlichen Gesellschaft. Durch ihn und in ihm gewinnt die Gesellschaft Bewußtsein, Gesamtwillen und die Fähigkeit, ihren Willen durch die Sprache auszudrücken. Überall, wo Gesellschaft ist, ist auch Wirtschaft und auch ein Staat. Zwischen Gläubigern und Schuldern steht

er mit Wechselordnung und bürgerlichem Gesetzbuch, mit Gerichtsvollziehern und Pfändungskommissionen; zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter steht er mit der Gewerbeordnung und mit Fabrikinspektoren; alle Beziehungen zwischen Mensch und Mensch unterliegen der gesetzlichen Beschränkung und Regelung durch den Staat.

Überall wo Staat ist, ist aber auch Gesellschaft. Und durch diesen Umstand auch Wirtschaftsleben. Menschen daher, Mitglieder der menschlichen Gesellschaft, die in den Anschauungen, Gewohnheiten, Erfahrungen der Gesellschaft und ihrer eigenen engen Kreise aufgewachsen sind, geben Gesetze und überwachen ihre Ausführung. Sie geben die Gesetze für Menschen und müssen sie ausführen lassen von Menschen, die wieder Mitglieder einer gegenwärtig lebenden Gesellschaft sind, in deren Gebrauchen sie leben, deren Gewohnheiten sie folgen, von deren Anschauungen, Ideen und selbst Vorurteilen sie erfüllt sind. Die Gesellschaft wird vom Besonderen zum Allgemeinen, der Staat wird vom Allgemeinen zum Besonderen. In der Gesellschaft vereinigen sich zahlreiche gleichgerichtete individuelle Handlungen und Meinungen zu einer Macht, die ihre Wirkung auf den Staat ausübt. Im Staat ist nur ein allgemeiner Wille vorhanden, der auf die Handlungen der einzelnen hemmend oder fördernd einwirkt. So kann man die Gesellschaft einem Organismus vergleichen, der wachsend allmählich seine Formen ändert, der Staat aber ist ein von menschlicher Hand gelenkter Mechanismus, der von einem Punkte aus überall in den Grenzen seines Machtbereiches gewollte Wirkungen hervorruft. Die begriffliche Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft darf uns nicht vergessen lassen, daß beide in der lebendigen Welt untrennbar miteinander verbunden sind. Die Gesellschaft entwickelt auf einer gewissen Stufe den Staat aus sich selbst heraus, ohne den sie dann nicht mehr zu existieren vermag. Aus einer bloß willkürlich unterdrückenden, verwandelt sich der Staat mehr und mehr zu vernünftig ordnender Gewalt, die wir uns aus der gegenwärtigen Gesellschaft nicht hinwegdenken können und ohne die uns auch das Bild einer künftigen Gesellschaftsordnung nicht vorstellbar ist. Wir wollen den Willen des Staates dahinkenken, daß er die Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne der Gemeinschaft ändern soll. Für jeden, der beabsichtigt, auf den Staat und durch den Staat zu wirken, ist es notwendig, daß er die Wege kennt, die er einschlagen muß, um sich einen wirksamen Anteil an der Bildung des Staatswillens zu verschaffen, politische Macht zu gewinnen.

Die Silberfrage und das deutsche Scheidgeld

Der anhaltende Preisfall für Silber läßt ständig neue Pläne in der Öffentlichkeit auftauchen, die vielfach von interessierter Seite, nämlich von den Silberproduzenten selbst, stammen. Alle diese Pläne verfolgen den Zweck einer Erhöhung des Silberpreises. In gewissen Kreisen ist die Meinung verbreitet, es bestünde gegenwärtig eine Verknappung der Weltgoldvorräte, die nach Ansicht mancher Wirtschaftspolitiker sogar die gegenwärtige Wirtschaftskrise verursachte oder jedenfalls mitverursachte. Um nun diese behauptete gegenwärtige oder künftige Goldverknappung auszugleichen, wurde vorgeschlagen, zum System der Doppelwährung, in welcher neben Gold auch Silber gleichberechtigtes Währungsgeld ist, überzugehen. Wir verzichten auf die Behandlung dieses Planes, da u. E. sowohl die Voraussetzungen irrig sind, andererseits auch keine Aussicht auf seine Verwirklichung besteht. Vor allem in den großen Ländern, Deutschland, England, den Vereinigten Staaten und Frankreich, kann die Rückkehr zur Doppelwährung nicht erwartet werden. Währungspolitisch sind von einiger Wichtigkeit Pläne, die ebenfalls von den Silberproduzenten betrieben werden. Der eine Plan schlägt vor, daß die Regierungen in Zukunft auch ihre Scheidemünzen aus Silber herstellen, bzw. den Feingehalt bei Silberscheidmünzen erheblich erhöhen. Dieser Plan wird jedoch ebenfalls kaum Aussicht auf Verwirklichung haben, da er für die Regierungen eine erhebliche Schmälerung ihrer Münzgewinne bedeuten würde, die sie wohl nicht werden tragen wollen. Gerade die neuen währungspolitischen Maßnahmen, die gegenwärtig in Deutschland zur Durchführung kommen, zeigen deutlich die Ausschichtslosigkeit dieser Pläne. Die Einziehung der silbernen 1-Mark-Stücke und ihrer Ersetzung durch Nickelmünzen, ebenso die Ausschaltung der bisherigen 3-Mark-Stücke und die Verkleinerung der bisherigen 5-Mark-Stücke auf die Größe der früheren, demnächst außer Kurs gesetzten 3-Mark-Stücke zeigen vielmehr, daß jedenfalls in Deutschland die Entwicklung den umgekehrten Verlauf nimmt.

Ein anderer Plan will Silber als Deckungsmaterial für einen Teil der Banknotendeckung verwenden, so daß eine bestimmte Preissumme — die unterste Schicht der Notendeckung, die ewig im Keller der Notenbank zu liegen hat — statt in Gold in Silber gehalten wird. Die zugelassene Höchstmenge dieses Deckungsilbers müßte sich dann im umgekehrten Verhältnis zu den Schwankungen des Marktpreises für Silber ändern.

Kollektivismus unter Kapitalisten

In allen Staaten macht die öffentliche Hand, vertreten durch die Regierungen, den Versuch, durch mehr oder weniger bedeutsame Eingriffe in das Wirtschaftsleben die Krise zu mildern. Selbst die Regierung der Vereinigten Staaten, wo der Individualismus in hoher Blüte steht, hat nicht vor energischen Maßnahmen zurückgeschreckt. Zweifellos ist der Kollektivismus in eine Epoche eingetreten, von der man noch nicht sagen kann, ob sie das Ende des privaten Kapitalismus bedeutet. Es ist verständlich, daß prominente Vertreter der freien kapitalistischen Wirtschaft den Versuch machen, ihre Machtstellung zu verteidigen. In der „Internationalen Wirtschaft“, dem Organe in der internationalen Handelskammer, sind Vertreter großer Wirtschaftsunternehmen über diese Frage zu Worte gekommen. Hören wir einmal, was diese Leute zu den brennenden Fragen der Zeit zu sagen haben. Im Aprilheft dieser Zeitschrift äußert sich der Generaldirektor der Aktiebolaget Svenska Kullagerfabriken, Björn Prytz, u. a. folgendermaßen:

„Wir Industrielle sind gezwungen, eine Lösung des Problems (der zeitweiligen Überproduktion) zu suchen. Es mag verschiedene Wege geben, aber prinzipiell brauchen wir die Ideen der Kontroll- und Planproduktion nicht abzuweisen, die wir bereits in der Praxis befolgen (Kartelle usw.). Natürlich bestehen wir darauf, daß eine solche Kontrolle von uns und nicht vom Staat ausgeht wird. Hier liegt der wesentliche Unterschied. Wir können nicht länger sagen, daß wir gegen Kontrolle oder Plänen durch Gruppen sind und ausschließlich auf völliger Freiheit des einzelnen Individuums bestehen. Vom Standpunkt der Öffentlichkeit glaube ich daher, daß es, anstatt Individualismus und Kollektivismus in Gegensatz zu setzen, besser ist, wenn wir sagen können, daß wir uns in der Richtung einer größeren Wirtschaftsstabilität orientieren durch 1. Aufrechterhalten des freien Marktes, 2. Wahrung der wesentlichen Dynamik des gesamten Wirtschaftslebens, die darin liegt, daß das Wirtschaftsleben durch das Privatunternehmen kontrolliert wird (wobei kein Einwand gegen „Kollektivismus unter Kapitalisten“ besteht, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte); 3. Lösung des Problems der Überproduktion von Rohstoffen und Agrarprodukten durch selbst eingesetzte Kontrolle der Produktion.“

Ein anderer international bekannter Industrieller, Herr August Keßler, Direktor des Royal Dutch Shell Konzerns, läßt seine praktischen Vorschläge folgendermaßen ausklingen:

„Meiner Meinung nach sollten alle Regierungen die Verantwortung für eine Fortsetzung der autarkischen Planwirtschaft nach industriellen Gesichtspunkten mit der unvermeidlichen Folge von Staatskapitalismus und Sozialismus ablehnen. Das könnte auf der Weltwirtschaftskonferenz geschehen. Die Regierungen müßten den Führern jeder besonderen Exportschlüsselindustrie die Verantwortung für die Zusammenarbeit mit den ihr verwandten Industrien im Ausland nach internationalen Gesichtspunkten zurückgeben. Ich schlage vor, daß jede Regierung die verantwortlichen Führer der Exportschlüsselindustrie ihres Landes veranlaßt, sich mit den verantwortlichen Führern der verwandten Industrien in allen Staaten, die auf der Weltwirtschaftskonferenz vertreten sind, in Verbindung zu setzen, um internationale Vereinbarungen für eine Zusammenarbeit abzuschließen, die jeder Industrie wieder zum Gedeihen verhelfen, indem sie den verhängnisvollen, zerstörerischen Wettbewerb aufhalten. Wie sich dies für jede Großindustrie im einzelnen ermöglichen läßt, kann von niemand besser entschieden werden als von denen, die mit dieser Industrie im Laufe ihrer täglichen Arbeit vertraut geworden sind. Die Regierungen müßten also den Industrieführern ihres Landes endgültige Anweisungen geben, daß es der Wunsch der Regierung ist, daß internationale Vereinbarungen für eine Zusammenarbeit der verwandten Industrien nach internationalen Gesichtspunkten ausgearbeitet und durchgeführt werden.“

Wie diese internationalen Kapazitäten des Hochkapitalismus zu erkennen geben, sind sie nicht gewillt, einer staatlichen Planwirtschaft Folge zu leisten oder den Regierungen das Recht zuerkennen, führend an der Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse teilzunehmen. Sie sind nach wie vor der Überzeugung, daß die Kommandogewalt in der Wirtschaft dem privaten Unternehmertum zu lassen bleiben muß. Was sie vorschlagen, ist eine Verständigung der einzelnen Industrien von Land zu Land. Die internationale Kartellierung oder der „Kollektivismus unter Kapitalisten“, wie Herr Prytz sich ausdrückt, würde ohne weiteres zu einer Machtstärkung der großen Monopollindustrien führen. Eine internationale Zusammenarbeit der Industrien ist sicher nicht zu entbehren, aber die planmäßige Kontrolle über die Wirtschaft, teilweise über die Landesgrenzen hinaus, dem Unternehmertum zu überlassen, muß unter allen Umständen abgelehnt werden.

Der Chemigraphentarif weiter in Geltung

In Nr. 12 der „Gr.Pr.“ vom 24. März 1933 unterrichteten wir die Kollegen über die wichtigsten Anträge, die der Bund chemigraphischer Anstalten zur Neugestaltung des Tarifes für die photomechanischen Fächer eingereicht hatte. Obwohl diese Anträge von der Gehilfenschaft allerhand verlangten, standen sie trotzdem in vorteilhaftem Gegensatz zu den Anträgen, die der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer zur Neuberatung des Tarifes für das Lithographie- und Steindruckgewerbe gestellt hatte. Läßt man sich von der Ansicht leiten, daß Forderungen zur Neustipulierung eines Tarifes auch von dem Gesichtspunkt orientiert sein müssen zu bekunden, was eigentlich vom Gesichtspunkt der allgemeinen Wirtschaftlichkeit und des Gemeinwohls auch im Gewerbe getan werden müsse, dann dürfen Forderungen nicht wegbleiben, die zwar im Augenblick nicht realisierbar sind, die aber den Weg kennzeichnen, der nach Ansicht der Antragsteller zum Nutzen des Gewerbes und seiner Angehörigen gegangen werden mußte. Die Gehilfenschaft hat sich nie abhalten lassen, solche „Demonstrationsanträge“ zu stellen. Die Einsichtigen waren sich klar darüber, daß erst in Jahren einige Aussicht sein würde, solche Anträge zur Geltung zu bringen. Die Unternehmer haben in gleicher Weise gehandelt, obwohl auch sie wußten, daß die Waage der Kräfte anders ausschlagen wird. Es galt eben auch für sie, zu demonstrieren, wie nach ihren Ansichten die gewerblichen Abmachungen zwischen Gehilfenschaft und Prinzipalität zu gestalten seien.

Stellte man diese bisher unerläßliche Übung bei Abfassung von Anträgen zur Tarifberatung in Rechnung und zog ab, was nach dem Parallelogramm der Kräfte Demonstrationsantrag bleiben mußte, konnte man nach erster Prüfung der Antragsreihen beider Vertragsparteien zu dem Schluß kommen, daß eine Verständigung möglich sein würde, auch ganz im Gegensatz zum Steindruck, wo solche Verständigungsaussichten und -möglichkeiten total verschüttet waren. Natürlich war die Basis einer Verständigung auch äußerst schmal; sie bestand darin, daß unter Aufgabe der nur für ein Jahr gültigen Sonderregelung des Lehrlingswesens die Laufzeit des bisher gültigen Tarifvertrages verlängert würde. Das war ja auch zuletzt die Gehilfenforderung bei den Verhandlungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe. Der Verbandsbeirat, der am 22. und 23. April auf seiner Tagung neben einem Bericht über die zukünftige Wirksamkeit der Gewerkschaften zu den Tarifverhandlungen und der inneren Gestaltung des Verbandes Stellung nahm und der Verbandsführung Richtlinien gab, billigte die Stellungnahme der Gehilfenvertreter.

Daneben war noch einhergegangen, daß die Reichsregierung in einer Verlautbarung den dringenden Wunsch hegte, ablaufende Tarifverträge in ihrer bisherigen Gültigkeit zu verlängern, um den Arbeitsfrieden zu sichern. Der Wille der Reichsregierung ging also mit der Ansicht unserer Gehilfenvertreter einig. Es liegt ja eigentlich auch auf der Hand, daß bei der augenblicklichen unsicheren Abschätzung des Zukünftigen es die beste Vertretung gewerblicher Interessen ist, die Zeit abzuwarten und eine Klärung der Verhältnisse in Kauf zu nehmen. Das hätte in ganz besonderem Maße im Steindruckgewerbe Berücksichtigung finden müssen, das neben dem Binnenmarkt doch auch starke Interessen auf dem Auslandsmarkt hat. Wir können gestehen, daß in dieser Beziehung die Weitsicht beim Bund chemigraphischer Anstalten gelegen hat.

Das zeigte sich bei den Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifes für das Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tief-

druckgewerbe, die nach erfolgter Vertagung am 24. April in den Räumen des Tarifamts gepflogen wurden. Dieser Tarif hätte sicher am 31. Mai das Zeitliche gesegnet, wenn keine Verständigung erzielt worden wäre. Herr Frisch eröffnete die Verhandlungen, wies auf die Verlautbarungen der Reichsregierung zur Erhaltung des Arbeitsfriedens hin und betonte, daß die Unternehmer bereit seien, die Laufzeit des Tarifes bis Ende September auszudehnen. Bedenken beständen nur zur Bestimmung der Einstellung von Lehrlingen, wie sie in der Fußnote zum § 8 niedergelegt sind. Die Stellung der Handwerkskammern sei durch die jüngste Entwicklung eine andere als früher. Wenn auch Gehilfen und Prinzipale einig wären in dem Urteil, daß unsere Betriebe zu den Fabrikbetrieben gehören, dürfe man diese Entwicklung doch nicht übersehen und müsse alles vermeiden, was eine tarifliche Regelung des Lehrlingswesens gefährden könne. Er empfahl deshalb, diese Fußnote zu streichen und im übrigen die Laufzeit des Tarifes bis zum 30. September zu verlängern.

Kollege Haß konnte, entsprechend der Stellungnahme von Vorstand und Beirat und ihren vorhergehenden Bemühungen, im Auftrag der Gehilfenvertreter seine Zustimmung zu dem Vorschlag der Verlängerung der Laufzeit des Tarifes bis 30. September geben. Dem zweiten Vorschlag auf Streichung der Fußnote zu § 8 mußte Einspruch bzw. Neuordnung entgegengestellt werden. Die riesige Zahl der Arbeitslosen verlangt, daß die Zufuhr neuer Arbeitskräfte auf ein Mindestmaß herabgeschraubt wird. Er schlug deshalb eine Neuregelung des Lehrlingswesens dahin vor, daß auf je 1 bis 5 Gehilfen ein Lehrling gehalten werden könne. Das sei zwar auch noch keine Lösung, die dem Verlangen der arbeitslosen Gehilfen ganz gerecht werde, aber doch immerhin eine Besserung. Im Interesse des ganzen Gewerbes wäre eine solche Regelung gelegen und alle Wünsche könnten so erfüllt werden. Diesem Anspruch wurde der formale, aber sehr beachtliche Einwand gemacht, daß zur Zeit Notwendigkeiten im Interesse einer tariflichen Regelung des Lehrlingswesens Rechnung getragen werden müsse. Nach weiterer Aussprache und gepflogenen Sonderberatungen wurde dann folgende Vereinbarung getroffen:

„Entsprechend der Empfehlung des Reichsarbeitsministeriums vom 6. April 1933 über die Sicherung des gewerblichen Friedens ist zwischen den Verbänden

1. dem Bund der chemigraphischen Anstalten, Kupfer- und Tiefdruckereien Deutschlands E. V. in Berlin und dem Verband Deutscher Lichtdruckereibesitzer in Berlin einerseits und
2. dem Verband der Lithographen, Steindruckereibesitzer und verwandten Berufe (Senefelder Bund) in Berlin andererseits folgendes vereinbart worden:

Der Tarif für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe vom 28. Mai 1932 wird bis zum 30. September 1933 einschließlich der Fußnoten verlängert. In Wegfall kommt lediglich die Fußnote 3 zu § 8 Lehrlingswesen auf Seite 9 des Tarifes.“

Die Unternehmer gaben dazu noch folgende Erklärung ab:

„Da aber nach wie vor im Gewerbe eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit besteht, wird den tariftreuen Prinzipalen empfohlen, die tarifliche Lehrlingsskala nicht voll auszunutzen, sondern nur dort Lehrlinge einzustellen, wo es die betrieblichen Bedürfnisse bzw. besondere Umstände erfordern.“

Nach diesem Abschluß gilt der Chemigraphentarif weiter bis 30. September. Dieses

Ergebnis ist mit Befriedigung entgegenzunehmen. Inzwischen wird eine Klärung der wirtschaftlichen, gewerblichen und politischen Verhältnisse eintreten, so daß im September eine weitere Entscheidung zugunsten der Gewerbeangehörigen getroffen werden kann.

Schutz der menschlichen Arbeitskraft in Spanien

Die Regierung der Republik Spanien hat sich mit Erfolg bemüht, das früher vernachlässigte Gebiet des Schutzes der menschlichen Arbeitskraft nicht nur auszubauen, sondern für viele Länder geradezu vorbildlich zu wirken. Das geht auch hervor aus dem kürzlich veröffentlichten Gesetze betr. die Unfallversicherung der gewerblichen Arbeiter aller Art, aus welchem wegen seines Umfanges hier nur die Bestimmungen über die Verhütung von Gesundheitsschädigungen angeführt seien, da das gesamte Gesetz überhaupt von dem Grundsatz ausgeht, daß es besser sei, Unfälle und Schädigungen der Gesundheit nach menschlichem Ermessen zu verhüten, als sie, wenn auch noch so hoch, zu entschädigen.

In bezug auf die graphische Industrie dürften besonders wichtig erscheinen die Bestimmungen des Kapitels drei, die da lauten:

... Die Arbeits- und Fabrikationsräume unterliegen den allgemeinen Vorschriften, welche die hygienischen Bedingungen regeln in bezug auf den pro beschäftigten Arbeiter vorhandenen Luftraum, die Ventilation und die Feuchtigkeit bzw. Temperatur in den Werkstätten, die natürliche und künstliche Beleuchtung derselben, die Waschgelegenheiten in den Betrieben sowie die gesamte Sauberkeit der Werkstätten selbst sowie der Aborte.

Die einzelnen Bestimmungen werden für jede Industrie besonders erlassen.

Die entsprechenden Vorschriften werden noch besonders verschärft im Falle der Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern beiderlei Geschlechts bis zum Alter von 18 Jahren.

Die Gewerkschaften, welche seit dem Umbruch in Spanien einen riesigen Zulauf gehabt haben, werden dafür sorgen, daß die gesetzlichen Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen bleiben.

Die 30-Stunden-Woche auf dem Marsche

Der Senat der Vereinigten Staaten hat einen Gesetzentwurf verabschiedet und dem Hause der Abgeordneten zugeleitet, in welchem nichts weniger verboten werden soll als der zwischenstaatliche Handel mit Waren, die in einem amerikanischen oder ausländischen Betriebe hergestellt worden sind, in welchem irgend eine Person mehr als fünf Tage pro Woche oder sechs Stunden pro Tag beschäftigt wird. In der Begründung zu dem Gesetzentwurf heißt es: „Entweder muß der Staat einige Millionen von Menschen dauernd unterstützen, weil sie infolge der Mechanisierung der Industrie keinerlei Aussicht haben, jemals wieder Beschäftigung zu finden, oder die Arbeitszeit muß durch Gesetz so weit verkürzt werden, daß alle amerikanischen Arbeiter die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwerben.“ Ferner heißt es:

„Wir leben jetzt im Zeitalter der Mechanik oder in der Zeit der mechanisierten Industrie. Es kann kaum eine Industrie genannt werden, in welcher die Produktivität der vorhandenen Anlagen nicht die Aufnahmefähigkeit des Marktes überschreiten würde.“

Es wird erwartet, daß entsprechende Gesetze auf Verkürzung der Arbeitszeit in allen Ländern zur Einführung kommen, da Amerika solche Waren, welche in längerer Arbeitszeit als in 30 Stunden pro Woche erzeugt worden sind, nicht mehr hereinlassen will.

Als sofortige Wirkung der Verkürzung der Arbeitszeit erwartet man die Einstellung des größeren Teils der Arbeitslosen; der Rest soll durch die erhöhte Kaufkraft des „inneren Marktes“ aufgesaugt werden; denn sagt der Bericht:

„Die Gewißheit einer dauernden Beschäftigung wird die Verausgabung von Millionen von Dollar von seiten derjenigen erlauben, welche zwar jetzt Beschäftigung haben, aber die in ständiger Furcht leben, arbeitslos werden zu können und die daher nur das unbedingt zum Leben Notwendige ausgeben.“

Mit anderen Worten: auch Bild- und Buchschmuck werden wieder zu Ehren kommen und die lithographischen und Kunstdruckanstalten werden wieder erhöhte Absatzmöglichkeiten für ihre Erzeugnisse finden, so daß also die Arbeitslosigkeit dem doppelten Angriff wird weichen müssen: der Verkürzung der Arbeitszeit und der Erhöhung des Verbrauchs.

Grönland

Vor dem Internationalen Gerichtshof im Haag wurde vor einigen Tagen das Urteil über eine Streitfrage gefällt, die die Gemüter der Wissenschaftler aller Länder und die Bevölkerung zweier Staaten seit Monaten im Atem gehalten hatte. Das Erfreuliche an dem Urteilspruch ist für uns, daß es trotz allem in unserer Zeit doch noch eine internationale Instanz gibt, die so viel Ansehen genießt, daß ihr Urteilsspruch auch Rechtsgeltung besitzt. Norwegen, das den Konflikt infolge eigenmächtiger Besetzung von Teilen Grönlands mit Dänemark entfesselt hatte, zog nach dem Urteilspruch sofort die Konsequenzen und hob die Besetzung der einzelnen Teile Grönlands wieder auf. Damit ist eine erfreuliche Klärung in dem Verhältnis der beiden Völker geschaffen worden, die sicher zu friedlichen Vereinbarungen führen wird. Der Rechts-, nicht der Gewaltstandpunkt hat gesiegt. Das ist um so beachtlicher, als es bei diesem Streit nicht um Teilstücke eines großen Ganzen ging, sondern letzten Endes um die Hoheitsrechte über ein Territorium von 2145 000 qkm, das heißt also um die größte Insel der Erde überhaupt. Auch vom rein grundsätzlichen Standpunkt der Besetzung unerforschten Gebietes hat der Haager Schiedsspruch weitgehende internationale Bedeutung für die Zukunft. Schien es doch von allem Anfang an absurd, daß sich zwei Völker um ein total vergletschertes Land ohne jeden sichtbaren oder greifbaren Wert stritten, so mußte die Energie, mit der dieser Streit fortgeführt wurde, zu denken geben. Und tatsächlich liegen die Dinge für den Eingeweihten oder Wissenschaftler nicht so einfach, wie sie ein unbefangenes Auge sieht. Wohl kann man der Meinung sein, daß bei den heute zur Debatte stehenden brennenderen internationalen Fragen die Angelegenheit der Zugehörigkeit unerforschten und unbekanntem Polargebietes von minderer Bedeutung ist. Wie aber die seit beinahe zwei Jahren andauernden Streitigkeiten zwischen zwei blutsverwandten Völkern gezeigt haben, muß es hierbei doch um Werte realer Art gehen. Das dürfte auch zutreffen, wenn auch die Umsetzung dieser Werte in wirtschaftliche Münze einige Schwierigkeiten allgemeiner und besonderer Art machen wird. Wahrscheinlich aber hofft man, mit der fortschreitenden technischen Entwicklung im Lauf der nächsten Jahrzehnte doch ans Ziel zu gelangen. Ob das zutrifft, muß die Zukunft lehren. Wie die vielen wissenschaftlichen Expeditionen, an denen hauptsächlich Dänen, aber auch Deutsche, Norweger und andere beteiligt waren, ergeben haben, birgt Grönland an vielen der bisher untersuchten Stellen Kohlen- und Erzvorkommen.

Nach Lage der Sache hat man aber nur einen verschwindend geringen Teil dieser Riesensinsel untersuchen können, da sowohl die bis zu 3000 m hohen Gebirgszüge, wie Gletscher bisher unbekanntes Ausmaßes, als auch das bis zu 3 km dicke Inlandeis außer der Kostenfrage, eine völlige Bearbeitung der ganzen Insel unmöglich machen. Denn Grönland liegt zu drei Vierteln unter ewigem Eis. Nur der Westen, Süden und Südwesten sind spärlich besiedelt und bieten im ganzen 17 000 Menschen ein karges und hartes Auskommen. Fischfang, Jagd, Pelz- und Häuteverwertung sowie der geringer gewordene Robben- und Walfang bilden die Unterlagen der wirtschaftlichen Existenz der meisten Bewohner. Auch die Ausfuhr der Federn der zahlreichen Vogelwelt bildet eine, wenn auch nicht ausschlaggebende Rolle im Leben des Grönländers. Dänemark hat außerdem versucht, nachdem die Umschulung der Eskimos von Nomaden zu sesshaften Menschen geglückt war, wenn es auch hierbei nicht ohne Schwierigkeiten abging, Schaf- und Rindviehhaltung in einigen Gegenden einzuführen. Dieses Experiment erfordert naturgemäß eine lange Anlaufzeit, so daß Abschließendes trotz anscheinend gutem Vorwärtsgang nicht gesagt werden kann. Besser dagegen gelang die Umstellung der einheimischen grönländischen Bevölkerung auf reinen Fischfang. Alle diese vorerwähnten Produkte werden von der dänischen Zentralverwaltung, die ein Handelsmonopol auf Grönland besitzt, aufgekauft und exportiert. Hierbei wird das Preisniveau unter Mitbestimmung gewählter Vertreter der Bevölkerung unter Berücksichtigung bestimmter Abgaben festgesetzt. Für den internationalen Wertmesser der Insel aber spielen alle diese Dinge eine untergeordnete Rolle. Die Wild- und Tierbestände heute schon, wo angängig geschützt, werden im Laufe der Zeit immer geringer werden, wie es am Beispiel des Moschusochsen, der früher in großen Herden dort vorkam, zu sehen ist. Eine Betätigung der Bevölkerung in ackerbaulichem Sinne ist wegen der Kürze der Sommerzeit und wegen der Geringfügigkeit der auf dem Felsboden aufliegenden Erdschicht, die schon der Bestattung verborbener Schwierigkeiten macht, unmöglich. So bleibt also nur der Fischfang und — die Ausbeutung von Bodenschätzen übrig. Und tatsächlich gibt es auch schon eine, wenn auch heute noch geringfügige Kohlenförderung auf Grönland, die sich aber sicher

im Laufe der Jahre auf eine beachtliche volkswirtschaftliche Höhe bringen lassen wird. Für den jetzigen Export wichtiger sind aber die Kryolithbrüche in Ivigtut in Südwestgrönland, deren Ausbeutung nach modernsten Verfahren heute schon ein bedeutender Faktor der grönländischen Ausfuhrstatistik geworden ist. Sie haben für die nächste Zukunft unbedingt die besseren Aussichten, da ihre Ausbeutung nicht mit denselben Schwierigkeiten verknüpft ist, wie die Erschließung neuer Kohlen- oder Erzvorkommen. In diesem Zusammenhang sei auch des stecknadelkopfgroßen Goldfundes gedacht, der in einem Gesteinsbrocken auf Grönland gefunden wurde und in Kopenhagen zu sehen ist. Praktische Folgerungen lassen sich hieraus gewiß noch nicht ziehen, wenn auch die Phantasie ihre Schlüsse darauf machen wird.

Hauschke.

Der Volks-Duden

Es gibt Bücher, die so volkstümlich sind, daß der Name ihres Verfassers oder Herausgebers zu einem feststehenden Begriff geworden ist. So ist der „Meyer“ der Inbegriff des Lexikons, der „Brehm“ die Tierkunde usw. Als Konrad Duden im Jahre 1880 sein „Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache“ herausgab, hat er sich sicherlich nicht träumen lassen, daß sein Name bereits nach einem Menschenalter zum Sinnbild der deutschen Rechtschreibung überhaupt werden würde. Trotz zahlreicher Nachahmungen ist der „Große Duden“ die Richtschnur geblieben, nach der Millionen deutscher Schulkinder die Schreibweise ihrer Muttersprache erlernen, nach der in Tausenden von Druckereien die deutschen Zeitungen und Bücher gesetzt und korrigiert werden, — ein Buch, das der Gelehrte ebensowenig wie die Stenotypistin entbehren kann. Obwohl es mit 700 Seiten und 72 000 Stichwörtern nur 4 RM. kostet, ist dieses unentbehrliche Werk heute für viele doch noch zu kostspielig. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, daß das Bibliographische Institut jetzt noch ein neues billigeres Rechtschreibwörterbuch für 2,40 RM. unter dem Titel „Der Volks-Duden“¹ erscheinen läßt, das zwar nicht so ausführlich ist wie der „Große Duden“, aber doch den täglichen Anforderungen vollhaft genügt. Der von dem Sprachforscher Dr. O. Basler und dem Schulmann Rektor W. Mühlner bearbeitete „Volks-Duden“ betont unter Verzicht auf veraltete und ungebräuchliche Formen das deutsche Wortgut der Gegenwart. Daneben sind die in unseren Sprachschatz aufgenommenen Fremdwörter weitgehend berücksichtigt. Sehr wertvoll ist dabei, daß in jedem Falle eine gute Verdeutschung gegeben wird, wie sie knapper und treffender nicht denkbar ist. Auch die sachliche Bedeutung der Wörter und ihre Herkunft ist, wo notwendig, stets angegeben. — Das äußere Satzbild ist gegenüber dem „Großen Duden“ wesentlich verbessert: die Seiten sind zur Erhöhung der Übersichtlichkeit in 3 Spalten aufgeteilt, die Stichwörter durch Fettdruck hervorgehoben.

Wir haben heute schon fast vergessen, daß es noch vor wenigen Jahrzehnten keine einheitliche Rechtschreibung in den deutschsprachigen Ländern gab, und daß Konrad Dudens Werk auch ein Baustein zur Einheit des Reiches gewesen ist. Möge dieser neue „Volks-Duden“ dazu beitragen, das Bewußtsein von dem Wert unserer Muttersprache in allen Volksschichten zu vertiefen!

¹ „Der Volks-Duden“, Neues deutsches Wörterbuch. Nach den für das Deutsche Reich, Österreich und die Schweiz zutreffenden amtlichen Regeln bearbeitet von Dr. O. Basler und Rektor W. Mühlner, 314 Seiten. In Ganzleinen gebunden 2,40 RM. Verlag Bibliographisches Institut AG., Leipzig.

Verbrauch und Verbrauchsgütererzeugung

Die Verbrauchsgütererzeugung ist von der Gestaltung des Masseneinkommens weitgehend abhängig. Das Arbeitseinkommen macht die Hälfte des deutschen Volkseinkommens aus, woraus die Bedeutung der Lohn- und Gehaltshöhe ersichtlich ist. Im ersten Vierteljahr 1933 ist das Arbeitseinkommen saisonmäßig gesunken, aber nicht in dem Maße wie in früheren Jahren. Dabei ist nicht zu vergessen, daß das Arbeitseinkommen gegenüber 1929 auf beinahe die Hälfte gesunken ist. Demgemäß sanken auch die Einzelhandelsumsätze, wenn auch nicht in dem Maße. Der Rückgang des Konsums war auf die einzelnen Teile gesehen nicht gleichmäßig. Der Anteil der Nahrungs- und Genußmittel am gesamten Einzelhandelsumsatz ist gestiegen. Die Verbrauchsgütererzeugung ist im Februar 1933 (1928 = 100) auf 76,4 zurückgegangen. In hundert Teilen ausgedrückt stieg der Anteil der Nahrungsmittel von 36,6 auf 42,8, der Anteil der Textilien und Bekleidung fiel von 34,7 auf 32,7, der Anteil von Hausrat usw. von 10 auf 6,4, während der Anteil der Genußmittel gleich blieb. Die gesamte Gütermenge setzt sich heute wesentlich anders zusammen als im Jahre 1928. „Die Industriewirtschaft hat sich im Verlauf des Konjunkturrückganges mehr und mehr von den

Investitionsgütern zu den Verbrauchsgütern gewendet; innerhalb der Verbrauchsgüterproduktion ist gleichzeitig eine Verschiebung von den elastischeren auf die weniger elastischen Güter eingetreten. Die Wirtschaft hat sich also auf die letzte Reserve zurückgezogen, von der aus die industrielle Entwicklung von mehr als hundert Jahren ihren Ausgang genommen hatte: auf die Nahrungsmittelproduktion.“ (Institut für Konjunkturforschung Wochenbericht Nr. 2/3.) Über die gegenwärtige Lage der Verbrauchsgüterindustrie urteilt das Institut folgendermaßen: „1. Die Produktion hat sich sehr stark auf den eigentlich starren Bedarf zurückgezogen. 2. Der Preisrückgang hat vor allem die Nachfrage nach denjenigen Gütern gestützt, die ohnehin einen starren Bedarf decken. 3. Die Qualitätsverschiebung hat in der Hauptsache die Güter des elastischeren Bedarfs betroffen. 4. Die lange Dauer des Produktionsrückganges hat den Lagerabbau stark vorangetrieben. Eine allmähliche, wenn auch nur geringfügige Zunahme der Masseneinkommen wird zunächst die Güter des wenig elastischen Bedarfs günstig beeinflussen. Das würde bedeuten, daß die ersten Wirkungen der Einkommenszunahme vor allem im Nahrungs- und Genußmittel- sowie im Bekleidungsbedarf fühlbar werden müßten.“

Die Arbeit der Frau

Es zeugt von einer großen Unkenntnis von der Tätigkeit der Frauen am Volke, wenn man diese nicht voll würdigt. In der Berliner Ausstellung „Die Frau“ wird das Resultat der dreißigjährigen Tätigkeit einer thüringischen Bauersfrau folgendermaßen vergegenständlicht: 23 400 Brote und 7890 Kuchen gebacken, 29 850 Kilo Bohnen und Früchte getrocknet, 2400 Liter Konserven hergestellt, 1800 Schweine gemästet, 2880 Hühner aufgezogen, 9600 Stunden auf dem Markt gesessen, 494 Erwachsenen- und 200 Kinderkleider, 132 Männerhemden und 224 Socken gefertigt. Nur selten kann die Tätigkeit einer Frau in Zahlen derart eindringlich vor Augen geführt werden. Die Hausarbeit, die Tätigkeit der Frau in der Ehe, bei der Aufzucht und Erziehung der Kinder, die sie unter Schmerzen geboren, das alles läßt sich nicht zahlenmäßig errechnen. Dennoch ist die Arbeit der Frau auf diesen Gebieten geradezu die Vorbedingung der Kultur und des Fortschritts. Dazu kommt noch ein anderes: Die Frau ist der bedeutendste Wirtschaftsfaktor; 65 v. H. des Volkseinkommens laufen durch die Hände der Frau. Es kommt sehr wesentlich darauf an, wie die Riesensumme von 15 bis 20 Milliarden Mark, die die deutschen Hausfrauen unvertraut bekommen, in der deutschen Volkswirtschaft verwendet werden. Letzten Endes obliegt der Hausfrau die Verteilung des Einkommens des Mannes auf die einzelnen Posten des täglichen Lebens.

Warum die Übertreibungen?

Die Technokratie, die man als Vorherrschaft der von der Technik herkommenden Gestaltungskräfte im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen ansieht, wird jetzt in der ganzen Welt teils zustimmend, teils ablehnend behandelt. Namentlich die von den Technokraten als möglich bezeichnete Verkürzung der Arbeitszeit auf wenige Stunden am Tage wird heftig umstritten. U. a. beschäftigt sich auch das deutsche Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in der Februarnummer der RKW-Nachrichten mit dieser Frage. Dabei werden bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit folgende Ausführungen gemacht:

„Es wird wohl bei ernsthafter Betrachtung der Dinge nicht gar so viele geben, die eine so weitgehende Mechanisierung unseres Herstellungsprozesses für wünschenswert halten, daß der Mensch mit einer Arbeitszeit von 3 oder 4 Stunden täglich seine Existenz sichern könnte. Denn, wenn überhaupt erreichbar, könnte sich u. a. eine derartige Verkürzung der Arbeitszeit nur auf Grund einer so weit getriebenen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, Konzentration der Produktions- und Verteilungsstätten, Typisierung und Normung der Waren sowie unserer sämtlichen Lebensgewohnheiten erreichen lassen, daß die ganze bewohnte Erde gleichsam eine einzige einheitlich geleitete Fabrik werden müßte. Eine Fabrik oder ein Unternehmen zwar von vielleicht nie geahnter Produktivität, aber sicherlich von solcher Empfindlichkeit, daß das ganze beim Ausfall nur eines Betriebsteiles stillgelegt werden müßte. Man fühlt sich hier an die Kritik der früheren Sozialpolitik erinnert, die — wenn wir uns nicht irren, war es Sismondi — ironisch darauf hinwies, daß bei fortgesetzter Mechanisierung der englischen Wirtschaft der englische König, in der Mitte der Insel sitzend und an einer Kurbel drehend, die ganze Produktion allein und eigenhändig besorgen könnte.“

Diese Art der Behandlung des in Frage stehenden Problems stößt ab. Warum eine so ernsthafte Sache mit solchen Übertreibungen beladen.